Umwelt Graubünden

Chur, 1. Mai 2025

Medienmitteilung: Stellungnahme zum Entlastungspaket 2027 des Bundes im Bereiche des Klima-, Natur- und Umweltschutz

Der Bund plant Sparmassnahmen (Entlastungspaket 2027). Wir lehnen alle Kürzungen für Massnahmen zum Klima-, Natur- und Umweltschutz ab, denn sie widersprechen dem politischen Willen der Bevölkerung und den Versprechungen der Landesregierung im Zusammenhang der letzten klimapolitisch relevanten Volksabstimmungen.

Durch die Sparmassnahmen des Bundes wären im Kanton Graubünden einige wichtige gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zweige wie Tourismus, Regionaler ÖV, Bildung, Vereinskultur und freiwilliges Engagement, Zivildienst, Innovation und Arbeitsplätze empfindlich getroffen.

Die Bedrohung durch Umweltprobleme und Naturkatastrophen ist noch nicht vom Tisch, wissenschaftlich umfassend dokumentiert und entsprechende Gegenmassnahmen können nicht einfach weggespart werden. Stattdessen sind grosse Einsparungen bei biodiversitätsschädigenden Subventionen vorzunehmen und es könnten hohe Mehreinnahmen durch verursachergerechte Steuern und Abgaben gemäss Art. 74 BV generiert werden.

Die Instandhaltung unseres natürlichen Lebensraumes und die Erreichung der Klimaziele braucht Konstanz und Know-how. Kürzungen im Bereich des Natur- und Klimaschutzes suggerieren fälschlicherweise, dass Engagements im bisherigen Umfang nicht mehr nötig seien – dabei ist das Gegenteil der Fall:

Auch in Graubünden wurde ein massiver Biodiversitätsverlust erkannt (vgl. kantonaler Biodiversitätsbericht von 2022), die Gletscherschmelze schreitet voran, (nicht nur!) die Trockenheit bedroht die Landwirtschaft und die Katastrophe im Misox 2024 bleibt noch lange unvergessen.

Dies sind nur wenige Beispiele für die existenzielle und fortschreitende Bedrohung unserer vielseitigen und wichtigen Lebensräume und natürlichen Ressourcen. Die Herausforderungen sind immens und werden angepackt, dies zeigen z.B. die neue kantonale Tourismusstrategie, das Projekt Klimaneutrale Landwirtschaft oder die Massnahmen, die

Umwelt Graubünden

im kantonalen Aktionsplan Greendeal vorgesehen sind sowie die zahlreichen Projekte der Natur- und Umweltschutzorganisationen im ganzen Kanton.

Wir befürworten auch ausdrücklich den Kantonalen Aktionsplan Greendeal, Etappe II, über den der Grosse Rat nächstens entscheiden wird.

Diese und viele weitere Projekte und Engagements stehen auf dem Spiel oder laufen Gefahr, im Keim erstickt zu werden, wenn die Sparmassnahmen des Bundes im Bereiche des Klima-, Natur- und Umweltschutzes wie vorgeschlagen umgesetzt werden.

Bis heute werden bestehende Natur- und Umweltschutzgesetze nicht zielgemäss umgesetzt, dies hauptsächlich deshalb, weil die dafür notwendigen Ressourcen noch immer in ungenügendem Umfang zur Verfügung gestellt werden und eine Vielzahl der aktuellen Subventionen den Zielen des Umwelt- und Naturschutzes geradezu diametral entgegen stehen. Dazu verweisen wir auf den umfang- und aufschlussreichen Bericht der Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) von 2020.

Im Momentum einer generellen Überprüfung des Staatshaushaltes ist die Gelegenheit gekommen, Steuern und Abgaben für umweltschädliches Verhalten gemäss Art. 74 BV einzuführen oder zu erhöhen um die damit verbundenen Kosten für die Natur- und Umwelt wie vorgesehen zu decken. Zudem sind die biodiversitätsschädigenden Subventionen zu streichen, um damit der Doppelbelastung des Staatshaushaltes entgegen zu wirken.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse,

Rea Furrer

Geschäftsleitung
078 907 07 15, rea.furrer@umwelt-graubuenden.ch

Weiterführende Links:

- Zustand der Biodiversität in Graubünden
- Biodiversitätschädigende Subventionen, Bericht WSL
- Mitteilung der Regierung zum Entlastungspaket des Bundes
- Aktionsplan Greendeal für Graubünden